

Höherer Prämienabzug und tiefere Firmensteuer nehmen erste Hürde

Hitzige Debatte: Grüne scheitern mit dem Antrag, die neue Steuervorlage im Grossen Rat nicht zu behandeln.

Mathias Küng

Geht es nach SVP/EDU, FDP und Die Mitte als den «Vätern» der aktuellen Steuervorlage, sollen die Steuern für Firmen im Aargau schon ab 2022 sinken, und zwar etappenweise von bisher 18,6 auf 15,1 Prozent. Überdies sollen natürliche Personen in der Steuererklärung einen um 50 Prozent höheren Pauschalabzug geltend machen können. Das kam aus den Voten der Sprecher dieser Fraktionen bei der gestrigen ersten Beratung der jüngsten Steuervorlage einmal mehr klar hervor.

Bürgerliche Mehrheit will die Vorlage

Mit dem höheren Pauschalabzug entlastete man natürliche Personen, zumal man seit 2001 keine Anpassung vorgenommen habe, argumentierte Andreas Meier (Die Mitte). Auch bei der Firmensteuer bestehe Handlungsbedarf. Aktuell hätten nur noch zwei Kantone einen höheren Tarif, so Meier. Man wolle Firmen hier behalten, dafür sei eine Reduktion ein Muss.

Ins selbe Horn stiess für die FDP Silvan Hilfiker. Man müsse jetzt handeln, der Aargau sei inzwischen beim Gewinnsteuertarif an drittletzter Stelle. Die Vorlage sei ausgewogen, da Unternehmen und alle Menschen im Kanton profitierten.

Die SVP unterstütze grundsätzlich die vorgeschlagenen Änderungen, sagte Andy Steinacher. Dringlichkeit sei gegeben. Die SVP habe einen tieferen Steuersatz gewollt, man unterstütze den Antrag der Regierung von 15,1 Prozent aber. Bei den Prämienabzügen sei es höchste Zeit. Auch hier würde man sich mehr wünschen.

Den Befürwortern schloss sich die GLP an. Man unterstütze beide Teile der Vorlage, sagte Dominik Gresch. Eine zeitlich gestaffelte Steuersenkung für Firmen sei jedoch zwingend.

«Wir beantragen, auf die Vorlage gar nicht einzutreten. Es ist die falsche Massnahme zum denkbar falschesten Zeitpunkt.»



Mirjam Kosch
Sprecherin Grüne

Wie lange man den Gemeinden einen Teil ihrer Mindereinnahmen ausgleichen soll, dazu brauche es eine vertiefte Abklärung, forderte Gresch.

Nichteintretensantrag von links scheitert

Ganz anders tönte es bei SP, Grünen und EVP. Mirjam Kosch (Grüne) beantragte, auf die Vorlage gar nicht einzutreten. Es sei die falsche Massnahme zum denkbar falschesten Zeitpunkt, begründete sie. Der Staat brauche seine Mittel, um seine Aufgaben zu erfüllen. Die G7 hätten sich eben auf eine Mindeststeuer von 15 Prozent geeinigt. Solange die internationalen Vorhaben nicht klar seien, mache es ohnehin keinen Sinn, schon zu entscheiden, sagte sie. Zudem sollen diejenigen die Corona-Rettungspakete finanzieren, die von ihnen profitiert haben.

Ein Nein kam namens der SP auch von Arsène Perroud. Vor zwei Jahren sei die letzte Steuerreform als Lösung angepriesen

«Auch bei der Unternehmenssteuer besteht Handlungsbedarf. Aktuell haben nur noch zwei Kantone einen höheren Tarif.»



Andreas Meier
Sprecher Die Mitte

worden, blickte er zurück. Tarifsenkungen über mehrere Prozent für Firmen seien derzeit nicht möglich, habe der Aargauer Finanzdirektor damals gesagt. Offenbar gelte das alles nichts mehr, kritisierte Perroud. Die Revision sei vollkommen übereilt und unreflektiert. Perroud hofft, dass die G7 den «unseligen Steuerwettbewerb» endlich beende. Die SP lehnt die Vorlage auch ab, weil sie nicht sieht, wie die Regierung die dynamischen Effekte, also mittelfristig neue Einnahmen dank Steuersenkung, begründet. Statt höheren Prämienabzügen würde die SP die Prämienverbilligungen aufstocken.

Für die EVP sagte Urs Plüss, der Mittelstand komme am Ende fast immer unter die Räder. Das werde wohl auch hier so sein. Vermutlich werde man dann dafür die Gebühren oder die Steuern für natürliche Personen erhöhen oder die Staatsleistungen abbauen, befürchtet er. Mit der Firmensteuersenkung

«Mit der Firmensteuersenkung gefährden wir leichtfertig die kantonale Finanzlage.»



Urs Plüss
Sprecher EVP

gefährde man leichtfertig die kantonale Finanzlage. Der Nichteintretensantrag der Grünen scheiterte jedoch schliesslich mit 88 zu 44 Stimmen.

Auch ein Antrag der EVP, die Vorlage zweizuteilen, damit der Souverän im Fall einer Volksabstimmung seinen Willen eindeutig bekunden könne, wurde abgelehnt. Die bürgerliche Mehrheit argumentierte, beides gehöre zusammen, damit würden Firmen und Privatpersonen entlastet. Man solle diese nicht gegeneinander ausspielen.

Gemeinden erwarten massive Zugeständnisse

Die Gemeinden erwarten massive Zugeständnisse, sagte Patrick Gosteli, (SVP) als neuer Präsident der Gemeindeammänner-Vereinigung (GAV). Man sei grundsätzlich für die Revision, doch der Zeitpunkt sei falsch. Verschiedene andere Bereiche belasteten die Gemeinden massiv, etwa steigende Pflegerestkosten. Die Vereinigung erwartete

«Wir unterstützen die Senkung auf 15,1 Prozent. Denn der Aargau war der klare Verlierer der letzten Steuerrevision.»



Andy Steinacher
Sprecher SVP

tet laut Gosteli eine aussagekräftige Gesamtschau für die zweite Beratung. In der Hoffnung auf eine markante finanzielle Entlastung werde man dann eine Zustimmung prüfen. In der jetzigen Form würde die Gemeinden die Vorlage bekämpfen.

Prüfungsaufträge an Regierung überwiesen

Der Rat überwies der Regierung schliesslich mehrere Prüfungsaufträge. So muss diese für die zweite Beratung im Herbst beispielsweise genau ausrechnen, was die Senkungspläne für jede einzelne Gemeinde im Detail bedeuten und ob man ihre Ausfälle bei den Firmensteuern solange kompensieren soll, bis die von der Regierung erwarteten dynamischen Effekte eintreffen. Die Regierung dürfte die Botschaft für die zweite Beratung wohl schon im August vorlegen. Die Zeit drängt, weil die Vorlage nach dem Willen der Mehrheit im Rat schon Anfang 2022 in Kraft treten soll.

Ratsnachrichten

Maskenpflicht gilt im Grossen Rat unverändert

Entscheid Grossratspräsident Pascal Furer hatte in der Sitzung vom 15. Juni verkündet, am Sitzplatz dürfe die Maske abgenommen werden, solange genügend Abstand zwischen den Räten bestehe. Auch wenn das Bundesparlament nach wie vor auf die Masken verzichte, so gelte die Pflicht im Aargauer Grossen Rat eben doch, gab Furer gestern zu bedenken. Die Masken wurden ergo wieder getragen. (eva)

11 Millionen Franken für Sicherheit in Asylzentren

Unterkünfte Der Grosse Rat hat mit grosser Mehrheit einen vom Regierungsrat beantragten Verpflichtungskredit über 11,18 Millionen Franken genehmigt. Dieser Betrag ist für Sicherheitsdienstleistungen in kantonalen Asylunterkünften für die nächsten drei Jahre vorgesehen. (eva)

Tierseuchengesetz ist beschlossen

Ersatz In zweiter Lesung hat der Grosse Rat einstimmig und ohne Diskussionen das Tierseuchengesetz beschlossen. Das bisher geltende Gesetz ist 2009 in Kraft getreten. (eva)

Michaela Huser tritt aus dem Grossen Rat zurück

Demission SVP-Politikerin Michaela Huser tritt aus dem Grossen Rat zurück. Die 34-jährige Wettingerin gehörte dem Rat seit dem 1. Januar 2017 an. Als Grund gibt Huser, die bald Mutter wird, an, sich auf ihren Beruf und die kommunale Politik konzentrieren zu wollen. (eva)

Gesamtpensen für Richter angepasst

Stellen Ab dem 1. Juli beträgt das Gesamtpensum für hauptamtliche Richter am Obergericht und Spezialverwaltungsgericht 28,4 Stellen. Im Jahr 2012 hatte der Grosse Rat Gesamtpensen von 29,45 Stellen bewilligt. Auf Antrag der Justizkommission hat das Parlament gestern einstimmig beschlossen, den bewilligten Stellenetat auf 28,4 zu kürzen. (mku)

AKB liefert dem Kanton 67 Millionen an Gewinn ab

Viel Lob für den drittbesten Geschäftserfolg der Bank.

Jahresbericht Die Aargauische Kantonbank (AKB) gehört zu 100 Prozent dem Kanton Aargau. Dazu gehört, dass jedes Jahr im Grossen Rat ihr Geschäftsbericht diskutiert wird. Und der Rat entscheidet über die Gewinnverwendung der AKB. Die Regierung schlug in Übereinstimmung mit der Bank eine Ablieferung von 67 Millionen Franken vor, was einstimmig gutgeheissen wurde.

Die AKB präsentiert für 2020 ein sehr erfolgreiches Geschäftsergebnis, dies trotz der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderungen,

hatte Kommissionspräsidentin Maya Bally (Die Mitte) zuvor gesagt. Mit 192,9 Millionen Franken sei der drittbeste Geschäftserfolg aller Zeiten erzielt worden. Auch der Geschäftsertrag war mit 408,7 Millionen Franken ein neuer Höchstwert. Der Jahresgewinn lag aufgrund höherer Einlagen in die Reserven für allgemeine Bankrisiken rund 9,3 Millionen tiefer als 2019.

In Fraktionsvoten wurde die Bank für ihre Arbeit und das Ergebnis reihum gelobt. Kritik gab es von Claudia Rohrer (SP). Der Frauenanteil gerade beim Kader sei zu tief. «Die Zukunft ist weiblich», schloss Rohrer. (mku)

Vorerst kein Aargauer Antrag zum Stopp der KV-Reform

Rat erklärt SVP-Standesinitiative nicht für dringlich.

Bildung Der Grosse Rat hat die Standesinitiative der SVP, die KV-Reform zu stoppen und neu aufzulegen, nicht für dringlich erklärt. Das KV habe dringenden Reformbedarf, die Standesinitiative sei aber das falsche Instrument, um Druck aufzubauen, da die Bundesversammlung nicht zuständig sei, war der Tenor im Rat. Vergeblich versuchte Maya Meier, die Urheberin der Initiative, ihre Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen, die Dringlichkeit zu beschliessen. Um die Überweisung der Initiative gehe es noch nicht, sondern darum, dass die zuständige Kommission einen

Bericht und einen Antrag verfasst. «Lassen Sie die Diskussion zu», so Meier.

Vehement gegen die Initiativen sprachen sich Grüne und die Mitte aus. Es sei Sache der Berufsverbände, die Berufsausbildung zu gestalten, begründete Alfons P. Kaufmann die ablehnende Haltung der Mitte. Die Grünen verteidigten die Einführung von Handelskompetenzen statt Noten in der Berufsschule, wie Ruth Müri ausführte. Dass es noch offene Fragen gebe, sei zwar unbestritten, sie vertraue aber darauf, dass diese auch ohne einen Stopp der Reform gelöst werden können. (eva)

FDP hat Grüne und GLP auf ihrer Seite, scheitert trotzdem

Unheilige Allianz für den Emissionshandel war zu klein.

Klima Nachdem zuerst das Energiegesetz gescheitert ist und auch das CO₂-Gesetz abgelehnt wurde, brauche es Alternativen für den Klimaschutz, begründete Jeanine Glarner das Anliegen der FDP-Fraktion. Per Standesinitiative will sie einen ausgedehnten Emissionshandel aufbauen lassen, gestern beantragte sie Dringlichkeit. Davon wollte die Mehrheit des Grossen Rats aber nichts wissen. Es sei speziell, dass ausgerechnet die FDP diesen Antrag bringe, schliesslich sei sie mitverantwortlich dafür, dass die beiden Gesetze abgelehnt worden sind, sagte Alfons P. Kaufmann für Die

Mitte. Seine Fraktion sei strikt gegen den Ablasshandel. Aus demselben Grund stellte sich die SVP dagegen, wie Markus Gabriel für die Fraktion ausführte.

Teile der SP, Grüne und GLP unterstützten das Anliegen. Bringe der Emissionshandel etwas für den Klimaschutz, so ergreife man diese Chance, sagten Mirjam Kosch (Grüne) und Gian von Planta (GLP). Für die FDP reichte es am Schluss aber nicht. «Heute zeigt sich: Die konstruktiven Kräfte für den Klimaschutz sind die FDP, die Grünen und die Grünliberalen», schrieb die Partei anschliessend in einer Medienmitteilung. (eva)